

Auf Beschluß der Konferenz von Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen vom 7. Mai 1978 in Hannover findet am **10. Juni eine Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse** und vom **9. - 11. Juni ein öffentliches Arbeitstreffen zu den brennenden Fragen der Anti-AKW-Bewegung** in Hannover statt !

Die Bürgerinitiativen fordern:

# Weg mit den Grohnde-Urteilen

Ende April wurden gegen die ersten Angeklagten in den hannoverschen Grohnde-Prozessen die Urteile gefällt:

- Gerhardt Schulz zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung und im Anschluß eine Freiheitsstrafe aus anderer Sache, die zur Bewährung ausgesetzt war, aber „gleich mit“ widerrufen wurde
- weil der Angeklagte in Grohnde demonstriert hatte.
- Andreas Hanke zu 12 Monaten ohne Bewährung. Er soll einen Polizisten mit einem massiven Holzknüppel (80 x 4 cm) niedergestreckt haben, was mit einer ärztlich attestierten Schürfwunde von 3 mm (!) „bewiesen“ wird. Laut Gutachten des Hausarztes hätte es dabei aber in Wirklichkeit ein geplatzt Trommelfell, Knochenbruch und Bluterguß geben müssen.
- Christian Gercke zu 11 Monaten und Helmut Oldefest zu 13 Monaten, beide ebenfalls ohne Bewährung.

„Ich hoffe, daß unsere Gesetze es zulassen, diese Verbrecher angemessen zu bestrafen“, so Ministerpräsident Albrecht nach der Demonstration vom 19.3.77. „Verbrecher“ - das waren für ihn zunächst einmal die 26 Demonstranten (von 20.000), die am 19.3. „niedergelitten, am Boden geschlagen und dann verhaftet worden waren“ (Stern 18/78). Gemeint waren aber auch die anderen 19.974 Demonstranten, denn wie heißt es in der Urteilsbegründung gegen Gerhardt Schulz: „Entscheidend ist, daß der Angeklagte da war (bei der Demonstration). Das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruchs aus.“

Und als das Gericht über die Höhe der Strafen nachgedacht hat, hat es besonders die Zukunft im Auge gehabt: Es müsse ein „Zeichen“ gesetzt werden für die „Krawallmacher an den Universitäten“ und auch für die „älteren Mitbürger aus der Umgebung von Grohnde“, die als Zeugen vor Gericht die Demonstration verteidigt und den brutalen Polizeieinsatz verurteilt hatten. Ein Binnenschiffer aus Grohnde, dessen Existenz durch das AKW bedroht wird, hatte z.B. ausgesagt, keine staatliche Stelle, aber die Demonstranten hätten sich für seine Interessen eingesetzt und auch das Einreißen des Zaunes sei richtig gewesen.

Ebenso wir zahlreiche Zeugen der Verteidigung haben die Angeklagten in den Prozessen entschieden gegen das Atomenergieprogramm Stellung bezogen, haben aufgezeigt, daß es gegen die

Lebensinteressen der Bevölkerung gerichtet ist. Und sie haben den praktischen Widerstand gegen den Bau der Anlagen, z.B. durch Bauplatzbesetzungen, verteidigt. Wegen dieser konsequenten Haltung hat man die Aussetzung der Strafen auf Bewährung abgelehnt, da (so Staatsanwalt Borchers, SPD, in seiner Begründung für das Urteil gegen Andreas) „nicht auszuschließen sei, daß der Angeklagte genauso wieder nach Gorleben geht ... ich meine, dieser Angeklagte soll in Gorleben nicht dabei sein.“

Wie hier Atomkraftgegner abgeurteilt werden sollen, das wirft genauso wie die brutalen Polizeieinsätze, ja Bürgerkriegsmanöver von Brokdorf, Grohnde und Kalkar ein Schlaglicht darauf, was heute in diesem Staat schon wieder möglich ist. - So soll es allen ergehen, die für ihre elementaren Rechte eintreten, die sich nicht auf Institutionen verlassen. So soll es dem Arbeiter im Streik ergehen, so dem Landwirt auf der Treckerdemonstration. Wie das Razzengesetz, das den Todesschuß erlaubt, so sind das alles Schritte in den offenen Unrechtsstaat.

Hiergegen ist jeder aufgerufen, dem es um elementare Freiheitsrechte geht, seinen Protest auszudrücken; gleich wie er zur Frage der Atomenergie steht, unabhängig davon, ob er glaubt, dieses Recht durch die Berufung auf die Freiheitlich Demokratische Grundordnung einklagen zu können, unabhängig von seinen Vorstellungen über die Formen des Widerstandes, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung.

Nach Ernst Albrecht soll in Gorleben die „Entscheidungsschlacht“ um das Atomenergieprogramm geschlagen werden, denn die Atom Müllfabrik ist der Dreh- und Angelpunkt dieses Programms. Und in und um Gorleben hat sich ein breiter Widerstand gegen diese Anlage entwickelt, der selbst die Kirche dazu gebracht hat, den Verkauf von Gelände für die Anlage zu verweigern. Mit den Terrorurteilen gegen die Grohnde-Demonstranten will man die Bevölkerung in Gorleben wie auch in anderen Standorten (in Brokdorf soll im Sommer weitergebaut werden) einschüchtern und zu erwartende Widerstandsaktionen verhindern. Diesem Ziel dienen auch die anderen Kriminalisierungs- und Difamierungsversuche gegen die Anti-AKW-Bewegung.

**Demgegenüber stellen wir mit aller Entschiedenheit fest, daß es verbrecherisch ist, Atomanlagen zu bauen und den Bau mit staatlicher Gewalt gegen unsere Lebensinteressen durchzusetzen !**

**Deshalb halten wir weiterhin an unserem Recht fest, den Bau der Anlagen zu verhindern !**

Wir fordern alle AKW-Gegner und andere demokratisch eingestellte Menschen auf, am 10. Juni in Hannover zu demonstrieren ! Denn:

**Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht !**

Wir fordern ebenfalls auf zur Teilnahme an dem gleichzeitigen Kongreß, wo wir über unser weiteres Vorgehen im Kampf gegen das Atomprogramm und Strafverfolgung beraten wollen.

**Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner !**

**Weg mit den Terrorurteilen gegen Grohnde-Demonstranten !**

**Kein AKW in Grohnde, Brokdorf oder anderswo !**

**Weg mit dem Atomprogramm !**

**Keine Wiederaufbereitungsanlage und Atom Mülldeponie !**



## P R O G R A M M

des AKTIONSWOCHENENDES der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen vom  
9.6.-11.6. in Hannover

### FREITAG

9.6. 19.30 : VERANSTALTUNG "Atomenergieprogramm und Demokratie"  
Ort: *Audi Max der TU* , Am Welfengarten

Auf dem Podium: Angeklagter aus den Grohnde-Prozessen,  
Prof. Jens Scheer (Atomphysiker), H. Ostermeyer (Richter),  
Pastor Bretzke Hannover, Kandidat der Bunten Liste "Wehrt  
Euch" Hamburg, evtl. ein Mitglied der Bürgerinitiative  
Lüchow-Dannenberg.

Veranstalter: ASTA der TU zusammen mit den Bürgerinitiativen  
gegen Atomanlagen

### SAMSTAG

10.6. 10.00 : DEMONSTRATION GEGEN DIE GROHNDE-PROZESSE UND DIE KRIMINA-  
LISIERUNG DER ANTI-AKW-BEWEGUNG  
Ort: Welfenplatz (Bunker) in Hannover, Abmarsch: 11.00

### ÖFFENTLICHES ARBEITSTREFFEN

16.00 : Informationsmeeting ( Kurzberichte zu Gorleben, Prozesse,  
Brokdorf, Kalkar, Esenshamm, Grohnde)

Ort: TU, *vor Audi Max* , Am Welfengarten

17.00 : Beginn der Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunktthemen:  
Gorleben, Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften, Widerstands-  
formen (Selbstanzeigen, Stromzahlungsboykott, Großdemos,  
Verwaltungsgerichtsverfahren), Kriminalisierung.  
Andere Themen sind in Vorbereitung.

anschl. : Gemütliches Beisammensein, Kultur, etc.

Während des ganzen Wochenendes auf dem TU-Gelände : Ausstellung "Kunst  
im Kampf gegen Atomkraftwerke" !

### SONNTAG

11.6. 7.00 : Frühsport und Frühstück

10.00 : Arbeitsgruppen

13.00 : Mittagessen

15.00 : Plenum, das die bisherige Arbeit zusammenfassen soll, anschl.  
auf Wunsch Weiterarbeit von Arbeitsgruppen

Während des gesamten Arbeitstreffens wird der bisherige Kampf der Bewegung  
durch Filme, Fotos und Ausstellungen dargestellt. Alle BIs und Gruppen  
sind aufgefordert, sich durch Info-Tische u.ä. ausgiebig selber darzu-  
stellen.

# Demonstration 10.6. Hannover

10.00 Welfenplatz (11.00 Abmarsch)

Kontakt für die Vorbereitungen: M.Kiper, Bödekerstr. 86, 3000 Hannover, **TEL: 319 182-0511**

Spendet für die Vorbereitungen: Stadtsparkasse Hannover, Karin Thomae, Konto: 153 97 22, BLZ: 25 050 180

Stichwort: 10/11.6.78. Die Ausgaben werden öffentlich abgerechnet, evtl. Überschüsse  
zugunsten der Prozesse.

Das Aktionswochenende wird bisher unterstützt von: BI Oststadt/List Hannover; BI Osnabrück; BUU (autonom)  
St Georg, Rahlstedt-Meindorf, Norderstedt, Hoheluft, Wandsbeck, BUU (Delegiertenplenum) - alles Hamburg;  
AK Salzgitter; AKU Münster; Gesamtplenum Bielefeld; BI Hildesheim; BI Paderborn; AKW-Nee Aachen; BI Celle;  
BI Koblenz; BI Rendsburg; BI Siegen; BI Kiel; BI Husum; Prof. Jens Scheer; W. Mossmann; Studentenzeitung  
"Kritik". UJZ-Initiative, Initiative gegen §88a, Projekt Teestube - alles Siegen; BI Mainz-Wiesbaden;  
BI Detmold; Bormaschine Bornheim; Wählergemeinschaft "Atomkraft Nein Danke" Hameln; BI Garbsen;  
BIU Dortmund; BI KKW Nein Köln; BI Duisburg; GLU-Kreisverband Hannover-Stadt; BI Bremervörde; BI Aurich;  
mehrere Stadtteilgruppen der BBA-Bremen; Büro für Atomenergiepr. Bochum; BI Wunstorf; Naturw. g. Atom-Hann.;  
W. Soyka; BI Kassel; MIGA München; BI Bremerhaven; BI Neuwied; BI Bendorf; *ASTA der TU* , Studen-  
tenparlament TU, Komitee g. pol. Unterdrückung in beiden deutschen Staaten, - alles Braunschweig; BUU-  
Altona, Bramfeld/Ost, - beide Hamburg; KPD; SAG; Buchladen "INTERNATIONALE" Hamburg; ök. Gruppe Horn-Hamburg;  
AKU Kiel; BI Umweltschutz Kiel; BI Wuppertal; Rote Panther Frankfurt und Hannover; Fachschaftsrat LBS der  
TU Hannover; AK Göttingen; AK Braunschweig; BI Bückeburg; BI Gießen; Landelike Stromgruppe "Stop Kern-  
energie"-Niederlande (20 Gruppen); W. Lindemann, B. Wecke - beide in Grohnde verhaftet worden; *Sozialistische  
Initiativegruppe, Studentenparlament TU, GfM, Institutgruppe Politik, Basisgruppe TU, AUD - alles Braunschweig;*  
Das Arbeitstreffen wird unterstützt von: BI Marburg; Ak-pol. Ök. Hamburg; EA Kassel; Arbeitskreis Energie  
in der BIU Hannover (Königstr.);

V.i.S.d.P.: J. Jordan, Eilbeker Weg 72, 2HH76